

Wahlprüfsteine „Rettet die Familien“

1. Betreuungsgeld

Die Freien Demokraten sind für eine freie Entscheidung der Eltern, ob diese ihr Kind selbst betreuen oder es in eine Form der Tagesbetreuung bringen. Die Einführung eines Betreuungsgeldes hielten wir schon im Bund für falsch, obwohl es aus Koalitionsdisziplin mitgetragen wurde. Eine Einführung auch im Land werden wir nicht befördern. Es entspricht nicht der Lebenswirklichkeit der Familien hier im Land, dass nur ein Elternteil arbeiten geht, wenn beide einen Arbeitsplatz hätten. Die Gefahr der Verlagerung der Entscheidung zugunsten eines weiteren Familieneinkommens bei arbeitslosen Eltern sehen wir als gegeben und somit als die falsche Entscheidungsgrundlage, die Kinder selbst zu betreuen und zu fördern oder dies einer Einrichtung oder Tagesmutter anzuvertrauen. Die Kindertagesstätten im Land bieten ein reichhaltiges und wichtiges Bildungsangebot für die Kinder, das nur schwer in gleicher Form durch eine Familie erbracht werden kann.

2. Gleichstellungspolitik

Gleichstellungspolitik meint Chancengleichheit, nicht Herstellung von gleichen Bedingungen im finanziellen Status von Familien, egal woher auch immer das Geld käme. Elterngeld hat seine Bezugsgröße im Einkommen verbunden mit der Philosophie, dass Eltern ihren Lebensstandard ungefähr aufrecht erhalten können, wie er vor der Geburt des Kindes war so lange, wie man eine berufliche Auszeit nimmt. Es sollte einen Anreiz schaffen insbesondere bei den Frauen, wo die Geburtenrate besonders niedrig ist, also bei hoch qualifizierten Frauen mit gut bezahlten Jobs. Elterngeld stellt keinen Lohn fürs Kinderkriegen dar, wie es in ihren Fragestellungen indirekt gefordert wird. Darum ist unsere Antwort auf den ganzen Fragenkomplex: Der Staat hat die Aufgabe, durch Unterstützungsleistungen Bedingungen zu schaffen, die eine Familienplanung erleichtern. Dazu gehört auch die vorübergehende finanzielle Direktleistung an junge Eltern durch Lohnersatzleistungen (Elterngeld). Darüber hinaus sehen wir die Hauptverantwortung der Versorgung der Familie wieder bei den Eltern. Der Staat springt hier nur ein, wenn es den Eltern aufgrund von Erwerbslosigkeit nicht möglich ist, ihre Familien zu ernähren. Jede Familie kann für sich selbst entscheiden, ob dafür beide Eltern berufstätig sein sollen oder ob das Einkommen eines Elternteils reicht. Damit diese Entscheidung, berufstätig zu bleiben, auch durch die Frauen frei getroffen werden kann, braucht es ein flächendeckendes Netz an Kindertagesbetreuungsangeboten. Das ist für uns Chancengleichheit, die Chance für jedes Elternteil, eigenverantwortlich seinen Lebensunterhalt und den der Familie bestreiten zu können. Eine Art ständiges Einkommen aus Steuermitteln für Eltern auf Grundlage der Kinderzahl erfolgt bereits über das Kindergeld. Eine Aufstockung dieses Einkommens ist aus unserer Sicht nicht erforderlich.